

Zusammenfassung - Sieben Punkte für eine Parlamentsreform:

1. Debattenkultur lebendiger gestalten. Offenere Debattenformate und mehr Grundsatz- bzw. Orientierungsdebatten im Bundestag sind einzuführen.
2. Öffentlichkeit zulassen. Es braucht einen Paradigmenwechsel zu mehr Transparenz. Mindestens erfordert dies: Grundsätzlich öffentlich tagende, im Internet übertragene Ausschüsse und eine proaktive Veröffentlichung der Dokumente und Protokolle des Parlaments und seiner Ausschüsse.
3. Regierungskontrolle stärken. Die Bundeskanzlerin und die Bundesminister*innen müssen bei der Regierungsbefragung regelmäßig im Bundestag höchstpersönlich Rede und Antwort stehen – mind. einmal im Quartal. Das Thema für einen Vortrag der Regierung muss vom Bundestag (sitzungswöchentlich abwechselnd durch die Fraktionen) bestimmt werden. EU-Themen müssen eine ihrer Bedeutung angemessenere Rolle einnehmen. Die Regierung muss mehr eigeninitiativ den Bundestag unterrichten. Akteneinsicht für Abgeordnete auch jenseits von Untersuchungsausschüssen ist zu gewährleisten. Eingestufte Informationen nur in der Geheimschutzstelle unter Ausschluss der Öffentlichkeit müssen deutlich beschränkt werden.
4. Interessen besser aufzeigen. Die Einflussnahme verschiedener Interessen auf die Politik muss dringend sichtbar gemacht werden - durch ein verbindliches, sanktionsbewehrtes Lobbyregister. Die Verhaltensregeln für Abgeordnete müssen als Instrument geschärft werden. Das betrifft u.a. Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten auf Euro und Cent.
5. Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Der Bundestag sollte jetzt schnellstmöglich ein Bürger*innen- Forum zu der Frage der Reform der Abgeordnetenversorgung und Neugestaltung der steuerfreien Kostenpauschale einsetzen.
6. Bürger*innen mehr zuhören. Umsetzung eines Online-Portals als Diskussions- und Beteiligungsforum, wo Bürger*innen beispielsweise Anregungen und Kritik zu im Bundestag beratenen Gesetzentwürfen äußern können. Der Bundestag muss zudem prüfen, wie die Petitionen und deren Anliegen mehr im Bundestagsplenum behandelt werden können.
7. Das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs wird abgeschafft.